

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: 2 (1983)
Heft: 4: "Die Anti AKW Bewegung"

Rubrik: Energieszene

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Angst und Schrecken

Angst und Schrecken verbreiten in den einschlägigen Kreisen die im nächsten Jahr zur Abstimmung gelangenden beiden Initiativen für eine Zukunft ohne Atomkraftwerke und für eine gesicherte Energieversorgung. An der Generalversammlung der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA) nannte der neue Präsident der SVA, Alain Colomb, brav der offiziellen Lesart folgend, die beiden Initiativen eine Atomverbots- bzw. Stromrationierungsinitiative. Colomb wörtlich: «Beide Volksinitiativen stammen von einem einzigen Komitee, und ihre Kombination ist hinterhältig.» Unberührt davon, was sich auf dem europäischen Strommarkt zurzeit abspielt, unbesehen auch, dass Frankreich und andere Länder ihre ehrgeizigen Atomstromprogramme gestoppt haben und der europäische Markt mit Billigstrom überschwemmt wird, behauptet der neugewählte AKW-Promotor, dass anstatt in der Schweiz die Atomkraftwerke dann einfach im Ausland gebaut würden. Seinen Zuhörern versprach der Präsident sodann, dass die SVA und alle ihre nahestehenden Organisationen der Wirtschaft und Wissenschaft ihre Arbeit gegen die Initiativen intensivieren werden. Auch der neuenburgische Regierungsrat und Nationalrat Jean Cavadini stiess ins

gleiche Horn, wenn auch weitaus gemässigter und intelligenter. Anlässlich der Generalversammlung des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) erklärte zu den Absichten der Initiativen: «Man wünscht hier also zuerst zu einer Gesellschaftsform überzugehen, die sich von den heutigen Gegebenheiten in unserem Land unterscheidet. Man bringt gesellschaftspolitische Veränderungen zur Sprache und wünscht eine tiefgreifende Änderung unserer heutigen Ansichten. Dieser Wunsch ist zwar berechtigt, er sollte aber von der Mehrheit unseres Volkes gutgeheissen werden.» Nun, die Mehrheit des Volkes, wenigstens die Mehrheit der noch stimmenden Bürger, kann ja nächstes Jahr ihren Willen bekunden.

Eine andere Gangart schlug GEK- und Atel-Präsident Michael Kohn ein, als er anlässlich des 75-Jahr-Jubiläums der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich eine Festansprache hielt und so auf die Atomenergiegegner eindrosch: «Sie (die Atominitiative) stellt einen Frontalangriff auf die heutige Stromversorgung, nicht zuletzt auch auf die des Kantons Zürich dar, welche sich heute zur Hälfte auf die Kernenergie abstützt.» Und zur Energieinitiative meinte Kohn: «Ihr eigentliches Streben liegt darin, die Energie- und besonders die Elektrizitätsversorgung in den staatlichen Griff zu be-

kommen und sie mit einem engmaschigen System von Vorschriften, Geboten und Verboten zu überziehen und zu bewirtschaften.» ... «Es ist eine Anti-Elektrizitäts- und im Grunde eine Anti-Wirtschaftsinitiative.»

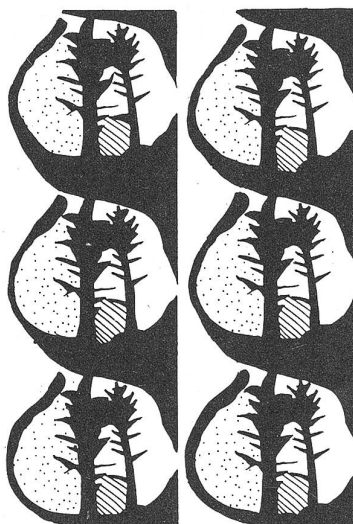
Die einzigen Argumente, welche der interessierten Elektrizitätswirtschaft gegen die beiden umweltfreundlichen Initiativen zur Verfügung stehen, sind Angst und Schrecken zu verbreiten und mit der Krise zu drohen.

Und noch ein prominenter Befürworter der Atomenergie hat sich über die beiden Initiativen ausgelassen: Dr. Eduard Kienner, Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft in Bern, an der International Fuel Cycle Conference im Juni in Genf. Er meinte zur Atominitiative: «Selbst wenn die Initiative in der Volksabstimmung abgelehnt werden sollte, was im Interesse einer gesicherten Energieversorgung notwendig ist, dürfte sich die Zukunft der Kernenergie in unserem Land am Werk Kaiseraugst entscheiden. Sollte die Anlage aus politischen Gründen nicht erstellt werden können, so dürfte sich auch das in der Planung nächste folgende Projekt, Graben, kaum realisieren lassen. Das Parlament des Standortkantons (Bern) hat entschieden, einen politisch motivierten Abtausch zwischen Kaiseraugst und Graben nicht zu akzeptieren. Der nukleare Hindernislauf

Worte, Wahlen, Wandel

Schluss von Seite 5

strieland Schweiz gehören ungefähr 70 Prozent der Bevölkerung zur breiten Schicht der Arbeiter und Angestellten, 6 Prozent sind Bauern. Hingegen haben 23 Bauern (Tendenz steigend), bloss jedoch 4 Arbeiter und Angestellte (Tendenz fallend) einen Nationalratssitz errungen. Welche Probleme brennen dem Volke nun wirklich auf den Nägeln? Hier geben alle Befragungen die gleiche Antwort. Auch bei der letzten Umfrage der «Schweizer Illustrierte»: «Was die Schweizer von Bern erwarten», stehen Umweltschutz (Waldsterben) und Arbeitsbeschaffungsprogramm mit über 60 Prozent an der Spitze, es folgen Massnahmen im Bereich der Energiepolitik und im Kampf gegen den Ausverkauf der Heimat (30 Prozent). Ziemlich abgeschlagen hinkt ausgerechnet jener Schwerpunkt unserer Ausgabenpolitik



hintendrein, der vom Parlament in letzter Zeit besonders intensiv gefördert worden ist: Militärisches Rüstungsprogramm.

«Umweltschutz und Arbeitsbeschaffung» – die Umweltschutzorganisationen sind seit einem Jahrzehnt nicht müde geworden, in ihren Modellen («Jenseits der Sachzwänge»/«Stabilisieren verhütet Krisen») darauf hinzuweisen, dass diese beiden Problemkreise in unserer Verschwendungsgesellschaft eng vernetzt sind. Energiesparen fördert den Umweltschutz und schafft sinnvolle Arbeitsplätze. Die Volksinitiative «Für eine sichere, sparsame und umweltgerechte Energieversorgung» ist im Grunde genommen auch ein klug durchdachtes Arbeitsbeschaffungsprogramm. Wir werden im Laufe des neu angebrochenen Jahres die Chance haben, dieser Initiative zuzustimmen. Werner Geissberger



ist offensichtlich noch lange nicht durchgestanden, es scheinen sich im Gegenteil immer weitere Hindernisse aufzutürmen. Ein Nachlassen der Anstrengungen oder gar ein Verlassen des eingeschlagenen Weges, also ein Verzicht auf Kernenergie, kann jedoch im Interesse einer gesicherten Energieversorgung nicht in Frage kommen.» Was kommt denn in Frage?

Kontrolle intensiviert

Die amerikanische Nuclear Regulatory Commission (NRC) intensiviert seit diesem Sommer das Inspektionsprogramm in den amerikanischen Atomkraftwerken mit Siedewasser-Reaktoren. Grund ist die Spannungsriss-Korrosion in instabilisiertem, rostfreiem Stahl. Die Feststellung von Rissen in Rohrleitungen der Atomkraftwerke Peach-Bottom-3 und Browns-Ferry-1 sowie Fragen über die Zuverlässigkeit, mit der Risse überhaupt festgestellt werden können, veranlassten die NRC unter anderem für die fünf Blöcke Quad-Cities-2, Browns-Ferry-3, Brunswick-2, Dresden-3 und Pilgrim-1 eine Abschaltung für die vorgezogenen Kontrolle zu erwägen.

Waldsterben trotz AKW

Niemandem kam das Waldsterben so gelegen wie der Atomwirtschaft. Jetzt werden die AKW als Retter der Wälder feilgeboten. Allerdings, die Sache ist wenig überzeugend.

Auch in Frankreich, das schon heute mehr als die Hälfte des Stroms nicht mehr aus Öl, Kohle und Wasserkraft, sondern aus Atomenergie produziert, hat das Waldsterben bedrohliche Ausmaße angenommen. In einigen Landesteilen, darunter in der Rhonelfurche östlich von Lyon, in der Bretagne und in den Waldgebieten nördlich der Loire bis ins Burgund sowie im Zentralmassiv gibt es Schäden. Diese Gebiete zählen zu den am stärksten gefährdeten in West- und Mitteleuropa. Das Beispiel Frankreich macht deutlich, dass trotz forcierter Atomenergie der Wald nicht vor dem schleichenden Tod bewahrt werden kann. Neue Atomkraftwerke, wie sie auch die Schweizer Atomlobby propagiert, bringen nichts, nur die umgehende Abgasreinigung kann hier noch helfen.

Gnädige Herren

In der «Bündner Zeitung» stand es kürzlich schwarz auf weiss: Hinter dem Rücken der Öffentlichkeit verhandelten Atel-Direktor Max Rutishauser und Elektrowatt-Vizedirektor Niklaus Schmid mit dem Bündner Regierungsrat Reto Mengiardi. Thema: die Besteuerung von Kraftwerkgesellschaften nach der Totalrevision des Bündner Steuergesetzes. Graubünden möchte bekanntlich etwas mehr Steuern, genauer eine Besteuerung der Partnerwerke aufgrund ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Dagegen wehren sich die Elektrogiganten aus dem Unterland natürlich mit Vehemenz. Es zitiert die «Bündner Zeitung» den Tonfall von Rutishauser wie folgt: «Steuereinnahmen, auch vornehme, gönnen wir denen zwar schon, aber vergolden dürfen wir die da oben auch nicht.» Und weiter: «Wir sind bereit, per Saldo gleichviel Steuern wie bisher zu zahlen.»

So sprachen zur Zeit der Bündner Wahlen die Abgesandten der Dogen von Venedig, der spanischen Krone und der französischen Könige. Nicht zu ihrem Vorteil, wie die Geschichte lehrt.

Wegbereiterin des Chaos

Immer wenn es in diesem Lande brenzlich wird für die herrschende Minderheit, so kann das Werbebüro Farner in Zürich mit einem sicheren Auftrag rechnen. Der Kampf gegen die Atom- und Energieinitiativen wird auch von der Zürcher Oberdorfstrasse aus geführt. So verbreitet das Büro in seinem regelmässigen Pressedienst die Behauptung, dass die Atominitiative eine «Wegbereiterin des Chaos» sei.

Nuclex verschoben

Der Markt gibt es einfach nicht mehr her: Nach Kontakten mit diversen Ausstellerguppen hat sich die Direktion der Schweizerischen Mustermesse in Basel entschlossen, die Nuclex nicht wie ursprünglich vorgesehen, im kommenden Jahr durchzuführen, sondern auf 1985 zu verschieben. Wir schlagen vor: Durchführung der Nuclex gemeinsam mit der Antiquitätenmesse...

Forum

«Wissenschaft und Energie»

Weiteres Abstimmungskomitee der Atomlobby: In Olten wurde Mitte Oktober das Forum «Wissenschaft und Energie» gegründet. Gegenüber der Presse wurde erklärt, das Ziel dieser neuen Organisation sei, «die Stimme der Wissenschaft in den energiepolitischen Auseinandersetzungen zu erheben». Das Forum will sich für eine «verantwortungsvolle Energiepolitik» einsetzen, bei welcher alle in Frage kommenden Energieträger berücksichtigt werden sollen. Präsident wurde der Direktor des Institutes für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich, Meinrad Schär.

Jase Nordwestschweiz gegründet

Schon wieder ein Ableger der Atomlobby gegründet! In Basel wurde die Gründung der «Jungen Aktion für eine sachliche Energiediskussion» (Jase) ins Leben gerufen. Präsident ist Marius Zimmermann aus Jona im Kanton St. Gallen, ein aktives Mitglied des jungen Freisinns. Die Organisation will sich mit «Enthusiasmus für eine gute Sache» einsetzen.

Unsichere Zeiten

Die Studie «Nuclear Power in a Age of Uncertainty» (Atomkraft in unsicheren Zeiten) sieht für die amerikanische Nuklearindustrie eine unsichere Zukunft voraus. Die Studie wirft der amerikanischen Regierung vor, sie unterstütze die Atomenergie zu wenig, habe das Bewilligungsverfahren kompliziert und sich zu wenig mit den Atomenergiegegnern auseinandergesetzt. Obwohl in der Studie die Sicherheitsbehörde NRC scharf kritisiert wird, wird andererseits betont, dass verschiedene Elektrizitätsunternehmungen der Nukleartechnologie nicht gewachsen waren und die gesamte Branche in Verruf gebracht hätten. Die Regierung wird aufgefordert, ihre Politik AKW-freundlicher zu gestalten, andernfalls würde sich die amerikanische Nuklearindustrie aus dem Reaktorbau zurückziehen.